

**Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft**

**Staatshaushaltsplan 2013/2014**

**Einzelplan 01: Landtag**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

**1. Kap. 0101 – Landtag**

		2013 Tsd. EUR	2014 Tsd. EUR
Tit. 422 01	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten		
	<i>statt</i>	4.188,9	4.188,9
	<i>zu setzen</i>	4.424,4	4.427,9
	und im Stellenteil		
		2013 Stellenzahl	2014 Stellenzahl
Tit. 422 01	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte		
	a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte		
Bes.Gr. B 3	Ministerialrat		
	<i>statt</i>	1,0	1,0
	<i>zu setzen</i>	3,0	3,0
Bes.Gr. A 16	Ministerialrat		
	<i>statt</i>	9,0	9,0
	<i>zu setzen</i>	7,0	7,0

		2013 Stellenzahl	2014 Stellenzahl
Bes.Gr. A 13	Oberamtsrat		
	<i>statt</i>	13,0	13,0
	<i>zu setzen</i>	15,0	15,0
	kw		
	<i>statt</i>	0,0	0,0
	<i>zu setzen</i>	*1,0	*1,0
	und hierzu folgenden Haushalts- vermerk neu aufzunehmen: „diese Stelle fällt weg, sobald eine Beamtin des Referats II/2 nach ihrer Elternzeit bzw. Beurlaubung wieder voll für das bisherige Referat tätig ist und eine gleichwertige Planstelle in der Landtagsverwaltung frei und besetzbar ist.“		
Bes.Gr. A 12	Amtsrat		
	<i>statt</i>	1,0	1,0
	<i>zu setzen</i>	2,0	2,0
Bes.Gr. A 11	Regierungsamtmann		
	<i>statt</i>	2,0	2,0
	<i>zu setzen</i>	3,0	3,0
	sowie die Veränderungen im Ver- änderungsnachweis entsprechend darzustellen.		
		2013 Tsd. EUR	2014 Tsd. EUR
Tit. 428 01	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)		
	<i>statt</i>	5.410,4	5.410,4
	<i>zu setzen</i>	5.495,6	5.496,8
	und im Stellenteil		
		2013 Stellenzahl	2014 Stellenzahl
Tit. 428 01	Stellenübersicht für Arbeit- nehmerinnen und Arbeit- nehmer (Beschäftigte)		
	c) Tariflich Beschäftigte 1. Landtag		
TV-L 13	<i>statt</i>	1,0	1,0
	<i>zu setzen</i>	2,0	2,0
kw 31.12.2015	<i>statt</i>	0,0	0,0
	<i>zu setzen</i>	*1,0	*1,0

		2013 Stellenzahl	2014 Stellenzahl
TV-L 12	<i>statt</i>	4,0	4,0
	<i>zu setzen</i>	3,0	3,0
TV-L 8	<i>statt</i>	9,0	9,0
	<i>zu setzen</i>	10,0	10,0
TV-L 6	<i>statt</i>	38,0	38,0
	<i>zu setzen</i>	39,0	39,0

sowie die Veränderungen im  
Veränderungsnachweis ent-  
sprechend darzustellen.

		2013 Tsd. EUR	2014 Tsd. EUR
Tit. 511 02	Kosten für die Herstellung der Landtagsdrucksachen		
	<i>statt</i>	500,0	500,0
	<i>zu setzen</i>	476,0	476,0
Tit. 541 02	Zur Erfüllung von Repräsen- tationsverpflichtungen und für Veranstaltungen des Landtags		
	<i>statt</i>	546,0	546,0
	<i>zu setzen</i>	946,0	646,0

und die Erläuterung wie folgt  
zu fassen:

**„Erläuterung:** Veranschlagt sind  
in erster Linie die Ausgaben zur  
Erfüllung der Repräsentations-  
verpflichtungen des Landtags so-  
wie die Aufwendungen aus Anlass  
von Besuchen in- und auslän-  
discher Parlamente und Institutio-  
nen. Auch die Kosten für Veranstal-  
tungen des Landtags, seiner Aus-  
schüsse, internationale Angelegen-  
heiten, Erstattungen anlässlich der  
Sitzungen des Oberrheinrats, der  
Parlamentarier-Konferenz Boden-  
see und der Aufwand für die Ver-  
einigung ehemaliger Mitglieder  
des Landtags werden aus diesen  
Mitteln bestritten.“

Tit. 812 01	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen u. dgl.		
	<i>statt</i>	500,0	350,0
	<i>zu setzen</i>	800,0	350,0

und den Betragsteil in der Erläu-  
terung im Jahr 2013 bei Ziffer 5  
„Mobilier“ auf 360,0 Tsd. Euro

zu erhöhen, sowie die Summe auf  
800,0 Tsd. Euro anzupassen;

im Übrigen Kapitel 0101 zuzustimmen.

## 2. Kap. 0103 – Der Landesbeauftragte für den Datenschutz

	2013 Tsd. EUR	2014 Tsd. EUR
Tit. 422 01		
Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten		
<i>statt</i>	1.197,4	1.197,4
<i>zu setzen</i>	1.328,0	1.330,0
und im Stellenteil		
	2013 Stellenzahl	2014 Stellenzahl
Tit. 422 01		
Stellenplan für Beamtinnen und Beamte		
b) Planstellen für Beamtinnen und Beamte		
Bes.Gr. A 15		
Regierungsdirektor		
<i>statt</i>	7,0	7,0
<i>zu setzen</i>	8,0	8,0
Bes.Gr. A 13		
Oberamtsrat		
<i>statt</i>	2,0	2,0
<i>zu setzen</i>	3,0	3,0
Summe a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte	24,0	24,0
sowie die Veränderungen im Veränderungsnachweis ent- sprechend darzustellen.		
	2013 Tsd. EUR	2014 Tsd. EUR
Tit. 422 02		
Bezüge und Nebenleistungen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte		
<i>statt</i>	129,3	129,3
<i>zu setzen</i>	0,0	0,0
Tit. 511 01		
Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenstände, sonstige Gebrauchs- gegenstände		
<i>statt</i>	45,0	45,0
<i>zu setzen</i>	57,0	57,0
und in der Erläuterung in der Tabelle bei Ziffer 1 den bisher		

veranschlagten Betrag in den Jahren 2013 und 2014 um je 10,0 Tsd. Euro zu erhöhen und bei Ziffer 3 den Betrag in den Jahren 2013 und 2014 um je 2,0 Tsd. Euro zu erhöhen und die Summen entsprechend anzupassen.

		2013 Tsd. EUR	2014 Tsd. EUR
Tit. 531 01	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation		
	<i>statt</i>	15,0	15,0
	<i>zu setzen</i>	13,0	13,0
Tit. 511 69A	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		
	<i>statt</i>	10,0	10,0
	<i>zu setzen</i>	5,0	5,0
Tit. 534 69	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		
	<i>statt</i>	20,0	20,0
	<i>zu setzen</i>	15,0	15,0

im Übrigen Kapitel 0103 zuzustimmen.

21.11.2012/29.11.2012

Der Berichterstatter:  
Hans-Martin Haller

Der Vorsitzende:  
Karl Klein

## Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat den Einzelplan 01 – Landtag für die Haushaltsjahre 2013/14 in seiner 23. Sitzung am 21. November 2012 und den darin zurückgestellten Teil in seiner 27. Sitzung am 29. November 2012 beraten.

Die zu der Einzelplanberatung schriftlich eingebrachten Änderungsanträge 01/1 bis 01/9 sind diesem Bericht beigelegt (*vgl. Anlagen*).

Nach einleitenden Erklärungen zum Ablauf der Haushaltsplanberatungen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses gibt der Vorsitzende *am 21. November 2012* dem Berichtersteller das Wort.

Der Berichtersteller legt dar, er gehe davon aus, dass Einzelplan 01 – Landtag angenommen werde. Dazu seien überwiegend interfraktionelle Anträge eingebracht worden, denen daher sicherlich auch zugestimmt werde.

Da sich die Ausschussmitglieder bereits mit dem Einzelplan 01 befasst hätten, wolle er lediglich einzelne Punkte herausgreifen. Durch den Um- und Anbau müssten die Personal- und Sachmittel erhöht werden. Außerdem werde im kommenden Jahr der Tag der Deutschen Einheit in Baden-Württemberg begangen. Dies erfordere Aufwendungen für repräsentative Zwecke.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz sei beim Landtag angesiedelt. Der Versuch, in diesem Rahmen über Abordnungen Stellen zu besetzen, sei gescheitert. Daher sollten nun reguläre Neustellen besetzt werden. Er weise darauf hin, dass es sich auch in anderen Ministerien schwierig gestalte, Stellen mit Fachleuten zu besetzen, wenn das Land in direkter Konkurrenz zum freien Markt stehe. Zumindest sollte das Land seinen Beschäftigten aber sichere Arbeitsplätze bieten.

Nach den Erläuterungen des Berichterstatters tritt der Finanz- und Wirtschaftsausschuss in die Einzelberatung ein.

### **Kapitel 0101**

#### **Landtag**

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU erkundigt sich, weshalb in diesem Haushaltsplanentwurf in Titel 428 05 N – Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte – erstmals Mittel, und zwar in Höhe von 38,5 Millionen €, angesetzt würden.

Ein Vertreter der Landtagsverwaltung erklärt, es handle sich um einen neuen Titel. Die darin veranschlagten Mittel seien in den Vorjahren in Titel 428 01 – Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) – veranschlagt worden.

Der Abgeordnete der Fraktion der CDU bringt vor, in der Vergangenheit habe es bei den Mitteln in Titel 526 21 – Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten – starke Schwankungen gegeben. Für die beiden kommenden Jahre würden jeweils 200 000 € angesetzt. Er interessiere sich für die Gründe.

Der Landtagspräsident erläutert, bedingt durch die Sanierung und die Erweiterung des Landtags entstünden erhebliche Ausgaben. Die Schwankungen in diesem Titel kämen zudem durch Aufwendungen für mitunter stattfindende Enquetekommissionen, Sonderausschüsse und dergleichen zustande.

Der Abgeordnete der Fraktion der CDU äußert, in Titel 685 49 – Mitgliedsbeiträge an Verbände, Vereine, Gesellschaften, Organisationen u. dgl. – gebe es eine starke Senkung von 49 400 € im Jahr 2011 auf jeweils 12 300 € in den nächsten beiden Jahren. Er fragt, ob der Landtag aus Verbänden ausgetreten sei.

Ein weiterer Vertreter der Landtagsverwaltung antwortet, der Mitgliedsbeitrag für die Versammlung der Regionen Europas werde in diesem Haushaltsplan in Einzelplan 02 – Staatsministerium – veranschlagt.

Den Anträgen 01/2 bis 01/6 wird in gemeinsamer Abstimmung einstimmig zugestimmt.

Eine Abgeordnete der Fraktion GRÜNE legt dar, mit dem Antrag 01/1 sollten die Mittel in Titel 537 01 – Schülerwettbewerb zur Förderung der politischen Bildung – in den nächsten beiden Jahren jeweils um 55 000 € erhöht werden. Dadurch solle das Theaterprojekt „War doch nur Spaß“ fortgeführt werden. Die Begründung des vorliegenden Antrags stelle den Erfolg und die große Resonanz dieses Theaterstücks, durch das Gewalt im alltäglichen Umgang thematisiert werde, dar.

Der Abgeordnete der Fraktion der CDU merkt an, er stimme mit seiner Vorrednerin darin überein, dass es sich um ein wichtiges Projekt handle. Allerdings sollte es nicht im Rahmen des Schülerwettbewerbs zur Förderung der politischen Bildung finanziert werden. Ihn interessiere, wie das Projekt bislang finanziert worden sei.

Die Abgeordnete der Fraktion GRÜNE äußert, das Theaterstück sei zwischen Oktober 2010 und Juli 2012 317 Mal aufgeführt worden. Sie halte es für wichtig, sich in der Schule damit zu befassen, wie Gewalt entstehe und wie dieser präventiv begegnet werden könne. Daher wolle sie das Projekt fortgeführt wissen.

Ein weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU erklärt, dass er es nicht für angebracht halte, dass das Theaterstück im Rahmen des Schülerwettbewerbs zur Förderung der politischen Bildung gefördert werden solle. Seine Fraktion habe sich bei den Verantwortlichen erkundigt, ob diese das Theaterstück kennen würden und welches Ansinnen damit verfolgt werde. Die Antworten seien negativ ausgefallen. Er werte den Antrag daher als nicht entscheidungsreif.

Die Abgeordnete der Fraktion GRÜNE weist darauf hin, dass der Begründung zum vorliegenden Antrag entnommen werden könne, dass das Theaterstück 12 000 Schüler erreicht habe.

Sie schlage vor, den vorliegenden Antrag zu den Resten zurückzustellen und dann die noch offenen Fragen zu klären.

Der Antrag 01/1 wird mit dem dazugehörigen Titel 537 01 zu den Resten zurückgestellt.

Kapitel 0101 wird mit Ausnahme des zu den Resten zurückgestellten Titels 537 01 mit den beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

### **Kapitel 0103**

#### **Der Landesbeauftragte für den Datenschutz**

Den Anträgen 01/7 bis 01/9 wird in gemeinsamer Abstimmung einstimmig zugestimmt.

Kapitel 0103 mit den beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

In der 27. Sitzung am 29. November 2012 ruft der Vorsitzende in Erinnerung, dass zu Kapitel 0101 – Landtag – Titel 537 01 – Schülerwettbewerb zur Förderung der politischen Bildung – der Antrag 01/1 vorgelegen habe und zu den Resten zurückgestellt worden sei. Dieser Antrag sei bei der Beratung des Einzelplans 09 – Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren – schließlich für erledigt erklärt worden.

Titel 537 01 – Schülerwettbewerb zur Förderung der politischen Bildung – einstimmig genehmigt.

10.12.2012

Hans-Martin Haller

**Landtag von Baden-Württemberg**  
15. Wahlperiode

01/1

**Änderungsantrag  
der Fraktion GRÜNE und  
der Fraktion der SPD**

**Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2013/2014**

Der Landtag wolle beschließen:

**Einzelplan 01 – Landtag**

**Kapitel 0101 Landtag**

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2013 Tsd. EUR	Betrag für 2014 Tsd. EUR
537 01	141	Schülerwettbewerb zur Förderung der politischen Bildung		
<b>S. 18</b>			<i>statt</i> 200,0	200,0
			<i>zu setzen</i> 255,0	255,0
			(+55,0)	(+55,0)

und die Erläuterung wie folgt zu ergänzen:

**Erläuterung:** „Darin enthalten ist auch eine Förderung des Anti-Mobbing-Theaterstücks „War doch nur Spaß“ des Aktionsbündnisses Amoklauf Winnenden – Stiftung gegen Gewalt, das an Schulen in Baden-Württemberg aufgeführt wird.“

20.11.2012

Sitzmann und Fraktion  
Schmiedel und Fraktion



Begründung:

Das Anti-Mobbing Theaterstück „War doch nur Spaß“ soll in Schulräumen an Schulen in Baden-Württemberg aufgeführt werden.

Das Konzept des Theaterstücks thematisiert die Entstehung von Gewalt im alltäglichen Umgang. Als Bezugsrahmen wurde der schulische Kontext gewählt, da hier Kinder und Jugendliche sich in ihrer Lebenswelt wiederfinden und der schulische Alltag prägend für das Leben junger Menschen ist. Das Theaterstück ist bewusst auf den schulischen Kontext abgestimmt und kann im Rahmen des Regelunterrichts in einer 45-minütigen Unterrichtsstunde eingesetzt werden.

Die Konzeption, die einen geringen organisatorischen Aufwand erfordert, hat sich als erfolgreich erwiesen. Das Theaterstück wurde im Zeitraum Oktober 2010 bis Juli 2012 (zwei Schuljahre) in einer Pilotphase in Baden-Württemberg 317-mal aufgeführt. In dieser Erprobungsphase wurden ca. 12 000 SchülerInnen erreicht. Das intensive und positive Feedback belegt, dass mit dieser Konzeption die SchülerInnen angesprochen werden und die Probleme der Jugendlichen adäquat erfasst und dargestellt werden. Aufgrund dieser starken Nachfrage und Resonanz soll die Förderung dieses Theaterstücks fortgesetzt werden.

**Landtag von Baden-Württemberg**  
15. Wahlperiode

01/2

**Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion GRÜNE,  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion der FDP/DVP**

**Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2013/2014**

Der Landtag wolle beschließen:

**Einzelplan 01 – Landtag**

**Kapitel 0101 Landtag**

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2013 Tsd. EUR	Betrag für 2014 Tsd. EUR
511 02	011	Kosten für die Herstellung der Landtagsdrucksachen		
(S. 15)			<i>statt</i> 500,0	500,0
			<i>zu setzen</i> 476,0	476,0
			(- 24,0)	(- 24,0)

20.11.2012

Hauk und Fraktion  
Sitzmann und Fraktion  
Schmiedel und Fraktion  
Dr. Rülke und Fraktion

Begründung:

Für die Schaffung von drei Neustellen sowie die Umwandlung einer Beschäftigtenstelle in eine Beamtenstelle im Jahr 2013 bei Kapitel 0101 Tit. 422 01 sind dem Versorgungsfonds zur Absicherung der Finanzierung der Versorgungsaufwendungen der Beamtinnen und Beamten des Landes 6.000 EUR pro Stelle und Jahr zuzuführen. Zur Deckung der Zuführungsmittel bei Kap. 1212 Tit. 919 10 sind die Haushaltsmittel bei Kap. 0101 Tit. 511 02 entsprechend zu vermindern. Auf den Änderungsantrag bei Kap. 1212 Tit. 919 10 wird verwiesen.

**Landtag von Baden-Württemberg**

15. Wahlperiode

**01/3****Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion GRÜNE,  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion der FDP/DVP****Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2013/2014**

Der Landtag wolle beschließen:

**Einzelplan 01 – Landtag****Kapitel 0101 Landtag**

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2013 Tsd. EUR	Betrag für 2014 Tsd. EUR
541 02	011	Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen und für Veranstaltungen des Landtags		
(S. 19)			<i>statt</i> 546,0	546,0
			<i>zu setzen</i> 946,0	646,0
			(+ 400,0)	(+ 100,0)

und die Erläuterung wie folgt zu fassen:

**„Erläuterung:** Veranschlagt sind in erster Linie die Ausgaben zur Erfüllung der Repräsentationsverpflichtungen des Landtags sowie die Aufwendungen aus Anlass von Besuchen in- und ausländischer Parlamente und Institutionen. Auch die Kosten für Veranstaltungen des Landtags, seiner Ausschüsse, internationale Angelegenheiten, Erstattungen anlässlich der Sitzungen des Oberrheinrats, der Parlamentarier-Konferenz Bodensee und

*der Aufwand für die Vereinigung  
ehemaliger Mitglieder des Land-  
tags werden aus diesen Mitteln  
bestritten.“*

20.11.2012

Hauk und Fraktion  
Sitzmann und Fraktion  
Schmiedel und Fraktion  
Dr. Rülke und Fraktion

Begründung:

Bei der Haushaltsaufstellung waren die Veranstaltungen aus Anlass des Tags der Deutschen Einheit, der Donau-Parlamentarierkonferenz und das Projekt „Jugend und Parlament“ noch nicht bekannt und wurden daher im Entwurf nicht berücksichtigt.

**Landtag von Baden-Württemberg**  
15. Wahlperiode

01/4

**Änderungsantrag**  
**der Fraktion der CDU,**  
**der Fraktion GRÜNE,**  
**der Fraktion der SPD und**  
**der Fraktion der FDP/DVP**

**Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2013/2014**

Der Landtag wolle beschließen:

**Einzelplan 01 – Landtag**

**Kapitel 0101 Landtag**

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2013 Tsd. EUR	Betrag für 2014 Tsd. EUR
812 01	011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen u. dgl.		
(S. 21)			<i>statt</i> 500,0	350,0
			<i>zu setzen</i> 800,0	350,0
			(+ 300,0)	(+/- 0,0)

und den Betragsteil in der  
Erläuterung im Jahr 2013 bei  
Ziffer 5 „Mobiliar“ auf 360,0  
Tsd. Euro zu erhöhen, sowie die  
Summe auf 800,0 Tsd. Euro  
anzupassen.

20.11.2012

Hauk und Fraktion  
Sitzmann und Fraktion  
Schmiedel und Fraktion  
Dr. Rülke und Fraktion

Begründung:

Das Haus des Landtags soll von Sommer 2013 bis Sommer 2015 generalsaniert werden. Die Büros im Landtagsgebäude sollen für die Zeit der Sanierung im Königin-Olga-Bau untergebracht werden. Die Plenarsitzungen sollen im Kunstgebäude stattfinden. Für die Interimsunterbringung im Kunstgebäude und im Königin-Olga-Bau und die dauerhafte Unterbringung von Abgeordneten im Königin-Olga-Bau entsteht zusätzlicher Möblierungsbedarf, der mit den bisher veranschlagten Mitteln nicht gedeckt werden kann.

**Landtag von Baden-Württemberg**

15. Wahlperiode

**01/5****Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion GRÜNE,  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion der FPD/DVP****Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2013/2014**

Der Landtag wolle beschließen:

**Einzelplan 01 – Landtag****Kapitel 0101 Landtag**

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2013 Tsd. EUR	Betrag für 2014 Tsd. EUR
422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten		
(S. 11)			<i>statt</i> 4.188,9	4.188,9
			<i>zu setzen</i> 4.424,4	4.427,9
			(+ 235,5)	(+ 239,0)

und im Stellenteil

Titel Bes. Gr. Entg. Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl 2013	Stellenzahl 2014
422 01	011	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte		
(S. 43)		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte		
B 3		Ministerialrat	<i>statt</i> 1,0	1,0
			<i>zu setzen</i> 3,0	3,0
			(+ 2,0)	(+ 2,0)
A 16		Ministerialrat	<i>statt</i> 9,0	9,0
			<i>zu setzen</i> 7,0	7,0
			(- 2,0)	(- 2,0)

Seite 1 von 3 zu 01/05

Titel Bes. Gr. Entg. Gr.	FKZ	Bezeichnung		Stellenzahl 2013	Stellenzahl 2014
A 13		Oberamtsrat	<i>statt</i>	13,0	13,0
			<i>zu setzen</i>	15,0	15,0
				(+ 2,0)	(+ 2,0)
	kw	<i>statt</i>	0,0	0,0	
<i>zu setzen</i>		*1,0	*1,0		
			(+ 1,0)	(+ 1,0)	
A 12	Amtsrat	<i>statt</i>	1,0	1,0	
		<i>zu setzen</i>	2,0	2,0	
			(+ 1,0)	(+ 1,0)	
A 11	Regierungsamtmann	<i>statt</i>	2,0	2,0	
		<i>zu setzen</i>	3,0	3,0	
			(+ 1,0)	(+ 1,0)	
		Summe a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte		64,5	64,5
				(+ 4,0)	(+ 4,0)

und hierzu folgenden Haushaltsvermerk neu aufzunehmen:

„diese Stelle fällt weg, sobald eine Beamtin des Referats II/2 nach ihrer Elternzeit bzw. Beurlaubung wieder voll für das bisherige Referat tätig ist und eine gleichwertige Planstelle in der Landtagsverwaltung frei und besetzbar ist“.

sowie die Veränderungen im Veränderungsnachweis entsprechend darzustellen.

20.11.2012

Hauk und Fraktion  
Sitzmann und Fraktion  
Schmiedel und Fraktion  
Dr. Rülke und Fraktion

Begründung:

**1 Neustelle für das Sachgebiet I/1.4 – Petitionsbüro (Besoldungsgruppe A 13gD)**

Der Petitionsausschuss hat auf Grund der Zunahme der Petitionen eine zusätzliche Stelle für das Petitionsbüro beantragt.



**1 kw-Neustelle für das Referat II/2 – Angelegenheiten der Abgeordneten, Haushalt (Besoldungsgruppe A 13 gD)**

Um eine wegen Elternzeit unbesetzte Stelle mit einer Beamtin/einem Beamten besetzen zu können, ist es erforderlich, eine Neustelle zu schaffen. Dies erfolgt kostenneutral, weil die unbesetzte Stelle frei bleibt und die Neustelle mit einem kw-Vermerk versehen wird.

**Umwandlung 1 Stelle der Entgeltgruppe E 12 TV-L in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 12**

Die Umwandlung der Stelle ist erforderlich, um die Stelle des Leiters des Sachgebiets Dokumentation nach dem Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers auch mit einer Beamtin/einem Beamten besetzen zu können.

**1 Neustelle für das Referat II/3 – Personal (Besoldungsgruppe A 11)**

Die Neustelle ist erforderlich, da die Zahl der zu betreuenden Personalfälle durch die Ansiedlung des Landesbeauftragten für den Datenschutz beim Landtag, die Aufstockung der Stellenpläne der Landtagsverwaltung und des Parlamentarischen Beratungsdienstes erheblich gestiegen ist.

**Stellenhebungen**

Der Vergleich mit Landtagsverwaltungen anderer großer Flächenländer zeigt, dass die Landtagsverwaltung Baden-Württemberg nach wie vor einen personellen Nachholbedarf hat. Durch die Stellenhebungen erfolgt eine teilweise strukturelle Anpassung im Vergleich zu den anderen Landtagen großer Flächenländer sowie der Ministerien der Landesverwaltung.

**Landtag von Baden-Württemberg**

15. Wahlperiode

**01/6****Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion GRÜNE,  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion der FDP/DVP****Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2013/2014**

Der Landtag wolle beschließen:

**Einzelplan 01 – Landtag****Kapitel 0101 Landtag**

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2013 Tsd. EUR	Betrag für 2014 Tsd. EUR
428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)		
(S. 12)			<i>statt</i> 5.410,4	5.410,4
			<i>zu setzen</i> 5.495,6	5.496,8
			(+ 85,2)	(+ 86,4)

und im Stellenteil

Titel Bes. Gr. Entg. Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl 2013	Stellenzahl 2014
428 01	011	Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)		
(S. 45)				
TV-L		c) Tariflich Beschäftigte 1. Landtag		
13			<i>statt</i> 1,0	1,0
			<i>zu setzen</i> 2,0	2,0
			(+ 1,0)	(+ 1,0)
		kw 31.12.2015	<i>statt</i> 0,0	0,0
			<i>zu setzen</i> *1,0	*1,0
			(+ 1,0)	(+ 1,0)

Seite 1 von 3 zu 01/06

Titel Bes. Gr. Entg. Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl 2013	Stellenzahl 2014
12		<i>statt</i>	4,0	4,0
		<i>zu setzen</i>	3,0	3,0
			(- 1,0)	(- 1,0)
8		<i>statt</i>	9,0	9,0
		<i>zu setzen</i>	10,0	10,0
			(+ 1,0)	(+ 1,0)
6		<i>statt</i>	38,0	38,0
		<i>zu setzen</i>	39,0	39,0
			(+ 1,0)	(+ 1,0)

sowie die Veränderungen im Veränderungsnachweis entsprechend darzustellen.

20.11.2012

Hauk und Fraktion  
Sitzmann und Fraktion  
Schmiedel und Fraktion  
Dr. Rülke und Fraktion

Begründung:

**1 kw-Neustelle für das Sachgebiet Technisches Gebäudemanagement  
(Entgeltgruppe 13 TV-L)**

Im Hinblick auf die bevorstehende Sanierung des Landtagsgebäudes und die Interimsnutzung des Kunstgebäudes und des Königin-Olga-Baus ist eine personelle Verstärkung des Technischen Gebäudemanagements dringend erforderlich. So sollen technische Einrichtungen des Landtagsgebäudes (z. B. Plenarsaal) auch in den Interimsgebäuden genutzt werden. Dadurch entsteht ein erhöhter technischer Betreuungsbedarf. Außerdem muss während der Sanierung jeweils ein Mitarbeiter des Technischen Gebäudemanagements ständig als kompetenter Ansprechpartner des Landtags zur Verfügung stehen. Die Stelle soll für die Zeit der Sanierung und der Interimsnutzungen (2013 bis 2015) befristet besetzt werden.

**Umwandlung 1 Stelle der Entgeltgruppe E 12 TV-L in eine Planstelle der  
Besoldungsgruppe A 12**

Die Umwandlung der Stelle ist erforderlich, um die Stelle des Leiters des Sachgebiets Dokumentation nach dem Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers auch mit einer Beamtin/einem Beamten besetzen zu können.

**Hebung 1 Stelle für das Referat I/2 – Plenar- und Ausschussdienst, Drucksachenstelle (Entgeltgruppe 8 TV-L)**

Im Sachgebiet 1 hat die Sekretärin der Referatsleiterin aufgrund des hohen Arbeitsanfalls im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Plenar- und der Präsidiumssitzungen inzwischen viele zusätzliche sachbearbeitende Aufgaben selbstständig zu erledigen. Die Tätigkeit erfordert ein außerordentlich hohes Maß an Sorgfalt, Überblick und Zuverlässigkeit. Der erforderliche Einsatz geht weit über das übliche Maß hinaus.

**1 Neustelle für das Referat II/1 – Protokoll, Veranstaltungen, Besucherdienst (Entgeltgruppe 6 TV-L)**

Die Zahl der Veranstaltungen und Ausstellungen ist im letzten Jahr um ein Mehrfaches gestiegen. Der Referatsleiterin und den Sachbearbeitern im Veranstaltungsmanagement und im Protokoll steht nur eine Mitarbeiterin zur Verfügung, die außerdem für die beim Protokoll angesiedelte Geschäftsstelle der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags zuständig ist.

**1 Neustelle für eine Mitarbeiterin/einen Mitarbeiter des Hausdienstes (Entgeltgruppe 6 TV-L)**

Der Landtag ist derzeit in sechs Gebäuden untergebracht, die vom Hausdienst mit zu betreuen sind. Während der Sanierung des Landtagsgebäudes in den Jahren 2013 bis 2015 kommen durch die Interimsunterbringung im Kunstgebäude und im Königin-Olga-Bau weitere Aufgaben auf den Hausdienst zu. Außerdem hat die Zahl der Veranstaltungen des Landtags und der externen Veranstaltungen mit Bewirtungen und den erforderlichen teils umfangreichen Umbauarbeiten erheblich zugenommen.

**Landtag von Baden-Württemberg**  
15. Wahlperiode

01/7

**Änderungsantrag**  
**der Fraktion der CDU,**  
**der Fraktion GRÜNE,**  
**der Fraktion der SPD und**  
**der Fraktion der FDP/DVP**

**Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2013/2014**

Der Landtag wolle beschließen:

**Einzelplan 01 – Landtag**

**Kapitel 0103 Der Landesbeauftragte für den Datenschutz**

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2013 Tsd. EUR	Betrag für 2014 Tsd. EUR
511 01	011	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		
(S. 34)			<i>statt</i> 45,0	45,0
			<i>zu setzen</i> 57,0	57,0
			(+ 12,0)	(+ 12,0)
		und in der Erläuterung in der Tabelle bei Ziffer 1 den bisher veranschlag- ten Betrag in den Jahren 2013 und 2014 um je 10,0 Tsd. Euro zu erhöhen und bei Ziffer 3 den Betrag in den Jahren 2013 und 2014 um je 2,0 Tsd. Euro zu erhöhen und die Summen entsprechend anzupassen.		

20.11.2012

Hauk und Fraktion  
Sitzmann und Fraktion  
Schmiedel und Fraktion  
Dr. Rülke und Fraktion

Begründung:

Durch die zwei Neustellen wird mehr Geschäftsbedarf benötigt. Zudem müssen zwei neue Arbeitsplätze eingerichtet werden.

**Landtag von Baden-Württemberg**

15. Wahlperiode

**01/8****Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion GRÜNE,  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion der FDP/DVP****Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2013/2014**

Der Landtag wolle beschließen:

**Einzelplan 01 – Landtag****Kapitel 0103 Der Landesbeauftragte für den Datenschutz**

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2013 Tsd. EUR	Betrag für 2014 Tsd. EUR
1. 531 01 (S. 36)	011	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation		
			<i>statt</i> 15,0	15,0
			<i>zu setzen</i> 13,0	13,0
			(- 2,0)	(- 2,0)
2. 511 69A (S. 36)	011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		
			<i>statt</i> 10,0	10,0
			<i>zu setzen</i> 5,0	5,0
			(- 5,0)	(- 5,0)
3. 534 69 (S. 37)	011	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		
			<i>statt</i> 20,0	20,0
			<i>zu setzen</i> 15,0	15,0
			(- 5,0)	(- 5,0)

20.11.2012

Hauk und Fraktion  
Sitzmann und Fraktion  
Schmiedel und Fraktion  
Dr. Rülke und Fraktion

Begründung:

Für die Schaffung von zwei Neustellen im Jahr 2013 bei Kapitel 0103 Tit. 422 01 sind dem Versorgungsfonds zur Absicherung der Finanzierung der Versorgungsaufwendungen der Beamtinnen und Beamten des Landes 6.000 EUR pro Stelle und Jahr zuzuführen. Zur Deckung der Zuführungsmittel bei Kap. 1212 Tit. 919 10 sind die Haushaltsmittel bei Kap. 0103 Tit. 531 01 um 2.000 EUR, 511 69A um 5.000 EUR und 534 69 um 5.000 EUR zu vermindern. Auf den Änderungsantrag bei Kap. 1212 Tit. 919 10 wird verwiesen.

**Landtag von Baden-Württemberg**  
15. Wahlperiode

01/9

**Änderungsantrag**  
**der Fraktion der CDU,**  
**der Fraktion GRÜNE,**  
**der Fraktion der SPD und**  
**der Fraktion der FDP/DVP**

**Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2013/2014**

Der Landtag wolle beschließen:

**Einzelplan 01 – Landtag**

**Kapitel 0103 Der Landesbeauftragte für den Datenschutz**

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2013 Tsd. EUR	Betrag für 2014 Tsd. EUR
1. 422 01 (S. 33)	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten		
			<i>statt</i> 1.197,4	1.197,4
			<i>zu setzen</i> 1.328,0	1.330,0
			(+130,6)	(+132,6)
2. 422 02 (S. 33)	011	Bezüge und Nebenleistungen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte		
			<i>statt</i> 129,3	129,3
			<i>zu setzen</i> 0,0	0,0
			(-129,3)	(-129,3)

und im Stellenteil

Titel Bes. Gr. Entg. Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl 2013	Stellenzahl 2014
422 01 (S. 47)	011	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte		
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte		



Titel Bes. Gr. Entg. Gr.	FKZ	Bezeichnung		Stellenzahl 2013	Stellenzahl 2014
A 15		Regierungsdirektor	<i>statt</i>	7,0	7,0
			<i>zu setzen</i>	8,0	8,0
				(+1,0)	(+1,0)
A 13		Oberamtsrat	<i>statt</i>	2,0	2,0
			<i>zu setzen</i>	3,0	3,0
				(+1,0)	(+1,0)
		Summe a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte		24,0 (+2,0)	24,0 (+2,0)

und die Veränderungen im Veränderungsnachweis entsprechend darzustellen.

20.11.2012

Hauk und Fraktion  
Sitzmann und Fraktion  
Schmiedel und Fraktion  
Dr. Rülke und Fraktion

Begründung:

Die im Haushalt 2012 ausgewiesenen Abordnungsmittel sind mangels Nachfrage nur teilweise in Anspruch genommen worden. Um die damit beabsichtigte Personalverstärkung dennoch dauerhaft zu realisieren, sollen zwei entsprechende Neustellen ausgewiesen werden. Damit kann auch die Beratungs- und Kontrolltätigkeit des Landesbeauftragten in Schwerpunktbereichen weiter intensiviert werden.